

INNOVATIONSKRAFT STARKER LÄNDER IM STRUKTURWANDEL STÄRKEN

Das Automobilland Baden-Württemberg steht mit seinen über 470.000 Beschäftigten im gesamten Automobilcluster, davon ein Großteil in mehr als 1.000 **kleinen und mittleren Zulieferer- und Ausrüsterbetrieben** sowie in den gut 8.000 den Kfz-Werkstätten und Kfz-Händlern, am Beginn einer historischen Zeitenwende. Energie- und Mobilitätswende, Digitalisierung und Klimaschutz führen zu einem tiefgreifenden Strukturwandel. Dieser Strukturwandel führt zu einer stärkeren Bedeutung von klimaneutralen Antriebstechnologien und einer vernetzten Mobilität. Baden-Württemberg wird die Zielsetzung des Europäischen Green Deals nach Kräften unterstützen. Baden-Württemberg ist überzeugt, dass es für die erfolgreiche Umsetzung des Green Deal auch darauf ankommen wird, Wirtschaftlichkeit und soziale Verträglichkeit mit zu berücksichtigen.

In diesem Strukturwandel müssen Unternehmen erheblich in technologische Innovationen investieren. Derzeit sind aber baden-württembergische Unternehmen, die Innovationen entwickeln und hierzulande ansiedeln wollen, zahlreichen **Standortnachteilen** ausgesetzt. Der Grund dafür ist, dass Baden-Württemberg über kein einziges strukturschwaches Gebiet verfügt. Direkte Förderungen solcher Unternehmen sind daher in Baden-Württemberg nur sehr eingeschränkt möglich. In einem tiefgreifenden Strukturwandel führt dieser Umstand zu der sehr besorgniserregenden Situation, dass unsere Unternehmen zunehmend Innovationen in Mitgliedstaaten oder auch in Drittstaaten **verlagern**. Dort können Unternehmen nach EU-Beihilferecht in größerem Umfang Investitionsbeihilfen erhalten oder werden beispielsweise in nicht-europäischen Ländern mit außerordentlich weitreichenden staatlichen Finanzierungsangeboten flankiert.

Finanzielle Vorteile, die andernorts durch das EU-Beihilferecht oder in nicht-europäischen Ländern durch staatliche Finanzierungsangebote ermöglicht werden, führen damit hierzulande zu Standortverlagerungen in Mitgliedstaaten oder in Drittstaaten. Die damit für unser Automobilcluster drohenden **Innovations- und Technologieverluste** und die damit verbundene Zerstörung hocheffizienter Wertschöpfungsketten (häufig mit KMU) sind irreversibel. Diese erschwerten Rahmenbedingungen könnten sehr schnell dazu führen, dass sich unser Automobilcluster im Sinne des Green Deals nicht mit der notwendigen Schlagkraft technologisch erneuern kann und zahlreiche Arbeitsplätze verloren gehen. Strukturumbrüche treffen entwickelte Regionen wie Baden-Württemberg und weniger entwickelte aber gleichermaßen. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Green Deals ist es erforderlich, dass die Europäische Union **neue Wege** geht, um technologie- und wirtschaftsstarke Län-

der bei der Transformation ihrer Kernindustrien hin zur Anwendung neuer Technologien wirkungsvoller als bisher zu unterstützen.

Es ist zentral wichtig, dass sich die Innovationspolitik der Europäischen Union in Zeiten des tiefgreifenden Strukturwandels verstärkt an **Exzellenzkriterien** orientiert. Nur so können innovationsstarke Länder wie Baden-Württemberg mit **technologischen Innovationen** beim Green Deal vorangehen und zu einer **Lokomotive** in der Europäischen Union werden. Die Landesregierung Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union diese eklatanten Standortnachteile zügig ausgleicht. Dazu schlagen wir in Anlehnung an die Stellungnahme der deutschen Bundesregierung zur öffentlichen Konsultation zur Eignungsprüfung des EU-Beihilfenrechts („Fitness-Check“) vom 15. August 2019 folgende **Maßnahmen** vor, die angesichts der aktuellen Situation im Automobilcluster möglichst schnell wirken sollten und weitere notwendige Schritte der Europäischen Union flankieren könnten. Der Landesregierung Baden-Württemberg ist bekannt, dass die Europäische Kommission zahlreiche Beihilfeverordnungen und Leitlinien derzeit überarbeitet. Sie möchte aber auf den dringenden Handlungsbedarf zur rechten Zeit auch für das Automobilland Baden-Württemberg aufmerksam machen.

1

MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH VON STANDORT- NACHTEILEN UND STÄRKUNG DER INNOVATIONSKRAFT

- ***Wir brauchen dringend ein neues beihilferechtliches Instrument für Unternehmensansiedlungen, um Innovationen auch in strukturstarken Regionen zu halten***

Das Beihilferecht darf nicht zur Verlagerung von Arbeitsplätzen aus besonders vom Strukturwandel betroffenen Branchen wie der Automobilwirtschaft in strukturschwache Regionen und zur Zerstörung hocheffizienter Wertschöpfungsketten (häufig mit KMU) führen. Auch in strukturstarken Regionen müssen Branchen mit schwerwiegenden Problemen aufgrund der Transformation beim Einsatz neuer Technologien unterstützt werden. Wir sehen hier eine große Chance, dass sich technologiestarke Länder wie Baden-Württemberg mit verbesserten Förderbedingungen zur Lokomotive beim Green Deal entwickeln.

Unternehmen, die mitten in der Transformation sind, benötigen auch in stark entwickelten Regionen dringend Unterstützung. Damit diese Unternehmen ihre Ge-

schäftsmodelle zügig technologisch neu ausrichten können, ist die Anpassung des EU-Beihilferechts an die aktuellen Herausforderungen des Strukturwandels zur rechten Zeit von großer Relevanz und darf nicht zu spät kommen. Denkbar wäre z. B. die Schaffung eines **neuen Fördertatbestandes**, der auch struktur- und technologiestarken Regionen eine direkte Förderung von Investitionen in innovative Technologien, in Betriebsansiedlungen und in Betriebserweiterungen, die maßgeblich zur Erreichung der Ziele des European Green Deal beitragen, bei Unternehmen wie z. B. in der Automobilbranche erlaubt, die aktuell mit schwerwiegenden Problemen aufgrund des Strukturwandels zu kämpfen haben. Erforderlich sind auch Maßnahmen, die Unternehmen dabei unterstützen, die Beschäftigten in Umstrukturierungsprozessen mitzunehmen, z. B. durch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Landesregierung Baden-Württemberg macht sich dafür stark, dass die Europäische Union neue Fördertatbestände für diese Fallgruppe schafft. Damit könnten insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen im Ökosystem der Automobilbranche gleiche Wettbewerbsbedingungen im europäischen Binnenmarkt ermöglicht werden. Gleichzeitig könnten technologiestarke Länder wie Baden-Württemberg mit verbesserten Rahmenbedingungen im Automobilcluster beim Green Deal vorangehen.

— ***Wir brauchen für KMU zugängliche Important Projects of Common European Interest (IPCEI)***

In Übereinstimmung mit der Stellungnahme der deutschen Bundesregierung zur öffentlichen Konsultation zur Eignungsprüfung des EU-Beihilfenrechts („Fitness-Check“) vom 15. August 2019 sieht die Landesregierung Baden-Württemberg die Mitteilung der KOM zu IPCEI als wichtiges Instrument, um die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken und zur Erreichung gesamteuropäischer Forschungs- und Innovationsziele.

Die Genehmigung der Europäischen Kommission als IPCEI ermöglicht heute schon die Befreiung von Beihilfevorschriften. Die Kommission unterstützt damit Mitgliedstaaten und Unternehmen, die sich zusammenschließen, um transnationale Investitionen mit positiven Übertragungseffekten in ganz Europa zu ermöglichen. Gefördert werden innovative Vorhaben mit erheblichen Risiken, die gemeinsame Anstrengungen und grenzüberschreitende Investitionen mehrerer Mitgliedstaaten erfordern. Durch gemeinsame Investitionen in Europas **industrielle Stärken und Ressourcen** können Arbeitsplätze und Wachstum geschaffen werden.

In Übereinstimmung mit der Stellungnahme der deutschen Bundesregierung zum Fitness-Check muss nach Auffassung der Landesregierung Baden-Württemberg das Augenmerk auf der Handhabbarkeit und auf der erfolgreichen Anwendung der Mitteilung in der Praxis liegen. Die hohen bürokratischen Anforderungen führen aktuell dazu, dass vor allem große Vorhaben gefördert werden. Für die **kleinen und mittleren** Unternehmen stellen die hohen Anforderungen beim IPCEI häufig eine **Zugangshürde** dar. Die Landesregierung macht sich dafür stark, dass mit den IPCEIs gezielt und stärker als bisher auch kleine und mittlere Unternehmen aus dem Automobilcluster und im Bereich neuer Technologien, wie z.B. Wasserstoff und Brennstoffzelle, Künstliche Intelligenz, Quantencomputing oder Blockchain adressiert werden. Dafür müssten die **Fördervoraussetzungen** passgenauer auf die Erfordernisse in den kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnitten und das Bewerbungsverfahren vereinfacht werden. Kleine und mittlere Unternehmen könnten so bei der Entwicklung von innovativen Geschäftsmodellen und bei der Umsetzung von technologischem Wissen in wirtschaftliche Wertschöpfung in Zeiten des Strukturwandels noch besser unterstützt werden. Wichtig ist dabei, dass die Beseitigung der Zugangshürden über den KMU-Begriff nach EU-Recht auf Technologieführer bis mindestens 2500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstreckt wird. Denn die Situation ist bei diesen Betriebsgrößen bezogen auf die aktuellen Zugangshürden zum IPCEI vergleichbar.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hält es für dringend erforderlich, dass diese Überlegungen in die aktuelle Überarbeitung der Mitteilung einfließen.

— ***Wir müssen die Befristung für Innovationscluster streichen oder zu mindestens verlängern***

Innovationscluster spielen weltweit als leistungsfähige Verbünde von Unternehmen und Forschungseinrichtungen eine wichtige Rolle bei der Entstehung von Innovationen. Beihilfen für Innovationscluster sind nach Art. 27 AGVO freigestellt. Für Investitionsbeihilfen beträgt die Beihilfenhöchstintensität 50 Prozent der Investitionen. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme der deutschen Bundesregierung zur öffentlichen Konsultation zur Eignungsprüfung des EU-Beihilfenrechts („Fitness-Check“) vom 15. August 2019 setzt sich die Landesregierung Baden-Württemberg dafür ein, die zeitliche Grenze bei Innovationsclustern von aktuell 10 Jahre **ersatzlos zu streichen** oder zumindest **zu verlängern**. Daneben sind wir davon überzeugt, dass die derzeitige maximale Beihilfenintensität von 50 Prozent insbesondere in der Anlaufphase ein erhebliches Hindernis für den Aufbau nachhaltiger Strukturen sein kann. Es sollten Ausnahmetatbestände geschaffen werden, die bei Vorliegen eines besonderen Interesses höhere Beihilfenintensitäten zulassen. Damit

könnte eine Voraussetzung geschaffen werden, um etwa die Digitalisierung der Wirtschaft in der Fläche besser unterstützen zu können.

— *De-minimis-Hilfen anheben*

Die De-minimis-Verordnung macht eine Beihilfe, die ein EU-Mitgliedstaat einem Unternehmen gewährt und deren Betrag als geringfügig anzusehen ist unter bestimmten Voraussetzungen nicht weiter genehmigungspflichtig („Bagatellbeihilfe“). In Übereinstimmung mit der Stellungnahme der deutschen Bundesregierung zur öffentlichen Konsultation zur Eignungsprüfung des EU-Beihilfenrechts („Fitness-Check“) vom 15. August 2019 macht sich die Landesregierung Baden-Württemberg dafür stark, die Obergrenze bei der De-minimis-Verordnung zur Reduzierung bürokratischer Belastungen von derzeit 200.000 Euro auf **500.000 Euro anzuheben**. Dies würde insbesondere auch den kleinen und mittleren Unternehmen helfen, Innovationen im Strukturwandel voranzutreiben. Die seit 2006 geltende Obergrenze entspricht nicht mehr den Marktbedingungen. Zugleich könnte mit der vorgeschlagenen Anhebung ein erheblicher Beitrag zum Abbau von Bürokratiekosten bei Fördermaßnahmen geleistet werden.

— *Den Just Transition Mechanism (JTM) für den Strukturwandel in der Automobilbranche öffnen*

Der JTM soll insbesondere die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Abkehr von fossilen Brennstoffen abfedern. Für Baden-Württemberg ist die Situation in der Automobilbranche vergleichbar mit Gebieten, welche die Folgen der Abkehr von fossilen Brennstoffen spüren. In diesem Wirtschaftsbereich soll der JTM helfen, die Folgen dieses ohne Zweifel notwendigen Wandels abzumildern. Die Herausforderungen des Strukturwandels sind in Regionen, die wirtschaftlich von der Automobilindustrie abhängig sind, identisch. Denn die Produkte der Automobilbranche erfordern auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa einen umfassenden Technologiewechsel. Wegen der vergleichbaren Situation erscheint nach unserer Überzeugung eine **Öffnung des JTM für Standorte der Automobilbranche** dringend geboten. Damit könnten Unternehmen aus Baden-Württemberg dabei unterstützt werden, Innovationen gerade auch im Kontext des Green Deal und des tiefgreifenden Strukturwandels zügig voranzutreiben. Die Landesregierung Baden-Württemberg setzt sich daher dafür ein, den JFM auch für das hierzulande vom Strukturwandel stark betroffene Automobilcluster zu öffnen. Auch hier bedarf es eines „gerechten Übergangs“. Zudem sollte der JTM eindeutige Bestimmungen enthalten, die Standortverlagerungen vorbeugen. Beihilfen aus dem JTM, die zur Verlagerung dersel-

ben oder einer ähnlichen Tätigkeit an einen anderen Standort im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) führen, sollten nicht zulässig sein.

Standortverlagerungen bei der Überarbeitung des Beihilferechts vorbeugen

Wenn staatliche Beihilfen lediglich zu einer Verlagerung derselben oder ähnlicher Tätigkeiten innerhalb des Binnenmarkts führen, wird damit der anstehende Strukturwandel nicht aktiv gestaltet. Bei der angestrebten Überarbeitung des Beihilferechts sollte auch weiterhin gewährleistet werden, dass staatliche Beihilfen nicht zu Standortverlagerungen innerhalb der EU oder zum Wegzug von Standorten aus der EU führen. Das Beihilferecht muss insgesamt viel stärker dazu dienen, Standortverlagerungen zu verhindern.

Wir brauchen regionenübergreifende Kooperationen mit starker Automobilzuliefer- und -ausrüsterindustrie

Die Landesregierung Baden-Württemberg setzt sich für kartellrechtskonforme Kooperationen mit starken Regionen mit einer starken Automobilzulieferindustrie ein. Dabei könnten wir auf den guten Kooperationen und Kontakten mit Oulu, Brabant, Katalonien, Lombardei, Flandern, ARA, Île-de-France und anderen deutschen Bundesländern mit einer starken Automobilwirtschaft aufsetzen. Dabei verfolgen wir die Vision eines kartellrechtskonformen Verbundes zwischen Unternehmen bis 2500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie exzellenten Hochschuleinrichtungen als Innovationsmotoren. Die Europäische Union könnte einen solchen Verbund der regionenübergreifenden Exzellenz fördern. Damit könnten die Ziele des Green Deal ebenso zügig vorangetrieben werden. Sinnvoll wäre die Förderung eines solchen Netzwerks in Höhe von 200 Mio. Euro über einen längeren Zeitraum.

2

FAZIT

Unternehmen, die wie das Automobilcluster aktuell mitten im Strukturwandel sind, müssen aus Sicht der Landesregierung Baden-Württemberg unterstützt werden, um technologische Innovationen unter fairen Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen voranzutreiben. Dazu ist es dringend erforderlich, dass die Standortnachteile, die derzeit Unternehmen aus strukturstarken Regionen belasten, schnell und wirkungsvoll mit geeigneten Fördermaßnahmen durch die Europäische Kommission ausgeglichen werden. Die Landesregierung

Baden-Württemberg macht sich dafür stark, dass die Europäische Kommission die dafür erforderliche Modernisierung des Beihilfenrechts zur rechten Zeit auf den Weg bringt. Mit auf diese Weise verbesserten Rahmenbedingungen könnte sich unser Automobilcluster hierzulande erneuern und schnell zum technologischen Vorreiter bei der erfolgreichen Umsetzung des Green Deal werden.